PRESSEMITTEILUNG

SENDESPERRFRIST – DONNERSTAG, 19. April 2007, 11.00 Uhr

Die Lage der Weltwirtschaft und der deutschen Wirtschaft im Frühjahr 2007

Beurteilung der Wirtschaftslage durch folgende Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute e.V., Berlin:

- Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin)
- ifo Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München
- Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel
- Institut für Wirtschaftsforschung Halle
- Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung Essen

Teilnehmer Pressekonferenz, 19. April 2007, 11.00 Uhr, Bundespressekonferenz:

Prof. Dr. Udo Ludwig, IWH, Halle
Dr. Axel Lindner, IWH, Halle
Prof. Dr. Gebhard Flaig, ifo, München
Dr. Roland Döhrn, RWI Essen
Prof. Dr. Joachim Scheide, IfW Kiel
Prof. Dr. Alfred Steinherr, DIW Berlin

Zusammenfassung

Im Frühjahr 2007 ist die Weltkonjunktur nach wie vor kräftig. Zwar ist das Expansionstempo nicht mehr ganz so hoch wie vor einem Jahr, vor allem weil sich der Produktionsanstieg in den USA abgeschwächt hat. Die Weltwirtschaft befindet sich aber immer noch in einer Aufschwungsphase, die mittlerweile schon recht lange andauert. Weiterhin hoch ist die Wachstumsdynamik in den Entwicklungs- und Schwellenländern, nicht zuletzt als Folge ihrer zunehmenden Einbindung in die internationale Arbeitsteilung. In den Industrieländern ist der konjunkturelle Aufschwung in den vergangenen Jahren hingegen nicht ungewöhnlich stark gewesen.

Die konjunkturelle Verlangsamung in den USA hat bisher nicht auf andere Regionen übergegriffen. Der Aufschwung im Euroraum und in Japan setzt sich fort. Ein Grund dafür liegt darin, dass die Geldpolitik dort immer noch expansiv wirkt. Auch hat die günstige Entwicklung an den internationalen Finanzmärkten die Konjunktur weltweit beflügelt. Allerdings scheinen die Investoren seit Ende Februar etwas vorsichtiger zwischen Chancen und Risiken auf den Weltkapitalmärkten abzuwägen.

Die Sorge um Preisstabilität hält die amerikanische Notenbank gegenwärtig noch davon ab, ihre leicht restriktive Geldpolitik trotz schwächelnder Konjunktur zu lockern. Erst wenn sich ab Mitte dieses Jahres eine deutliche Beruhigung des Preisklimas abzeichnet, dürften die Leitzinsen in den USA gesenkt werden. Die EZB bereitet dagegen die Märkte gegenwärtig darauf vor, dass sie im Sommer die Zinsen ein weiteres Mal anheben wird.

In diesem und im kommenden Jahr wird sich die konjunkturelle Dynamik in den Industrieländern nach und nach angleichen: Im Euroraum verläuft der Aufschwung in moderaterem Tempo, denn die Finanzpolitik dämpft, und die Geldpolitik regt kaum mehr an. Die Konjunktur in den USA wird dagegen ab Jahresmitte wohl langsam wieder Fahrt aufnehmen. Die Weltkonjunktur wird auch in diesem und im nächsten Jahr von der hohen Dynamik in den Schwellenländern gestützt.

Das Bruttoinlandsprodukt der Welt dürfte in diesem und im nächsten Jahr mit rund 3 ¼ % zulegen und damit immer noch deutlich stärker als im Durchschnitt der vergangenen zehn Jahre. Der Welthandel steigt in beiden Jahren um etwa 7 ½ %. Der Prognose liegen ein Erdölpreis von 65 Dollar pro Barrel und ein Wechselkurs des Euro von 1,32 US-Dollar in den Jahren 2007 und 2008 zugrunde.

Ein Risiko für die Weltkonjunktur ist, wie schon im Herbst vergangenen Jahres, die Entwicklung auf dem US-Immobilienmarkt. Sollte ein markanter Rückgang der Immobilienpreise die Konsumnachfrage der privaten Haushalte stark in Mitleidenschaft ziehen, würde womöglich auch das Vertrauen von Finanzinvestoren in den Dollar und in Vermögensanlagen in den USA leiden – ein Vertrauen, auf das die US-Wirtschaft wegen ihres hohen Bedarfs an ausländischem Kapital angewiesen ist. Eine Rezession in den USA würde die Weltwirtschaft über die Interdependenzen der Finanzmärkte und über das hohe Importvolumen der USA rasch in Mitleidenschaft ziehen. Ein weiteres Risiko besteht darin, dass in den vergangenen Jahren

neue Finanzinstrumente Verbreitung gefunden haben, deren Verhalten im Konjunkturzyklus noch nicht erprobt ist. Ihr umfangreicher Einsatz hat wohl dazu beigetragen, dass der Aufschwung von Seiten der Finanzmärkte unterstützt wurde. Aber es ist nicht sicher, dass sich die Instrumente auch im Fall einer plötzlichen Verschlechterung des gesamtwirtschaftlichen Umfeldes bewähren. Das gegenwärtige Ende des Booms auf den Immobilienmärkten in den USA ist eine erste Bewährungsprobe, zumal innovative Finanzmarktinstrumente während des US-Immobilienbooms häufig eingesetzt wurden.

Die *deutsche* Wirtschaft befindet sich in einem kräftigen Aufschwung. Es gibt eine Reihe von Faktoren, die hier wirken und sich gegenseitig verstärken. Einer dieser Faktoren ist die über Jahre andauernde Lohnzurückhaltung. In der Folge verbesserten sich die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft und die Gewinnsituation der Unternehmen. In die gleiche Richtung wirkte, dass die Unternehmen nach dem Konjunktureinbruch im Jahr 2001 durch vielfältige Umstrukturierungsmaßnahmen ihre Rentabilität erhöht haben. Dies belastete zunächst den Arbeitsmarkt, im Zeitablauf wurden aber Investitionen zunehmend lohnender, und die Einstellung von Arbeitskräften wurde attraktiver. Anregend wirkte auch die kräftige Expansion der Weltwirtschaft.

Auf Basis dieser Diagnose rechnen die Institute damit, dass sich der Aufschwung in diesem Jahr fortsetzt. Allerdings wird das Expansionstempo geringer sein als im vergangenen Jahr. Ein wichtiger Grund ist der restriktive Kurs der Finanzpolitik, der den Anstieg des Bruttoinlandsprodukts um schätzungsweise ½ Prozentpunkt dämpfen wird. Auch schwenkt die Europäische Zentralbank auf einen neutralen Kurs ein. Die Institute erwarten, dass die EZB den maßgeblichen Leitzins im Sommer dieses Jahres um weitere 25 Basispunkte auf 4 % anheben wird. Jedoch stehen die monetären Rahmenbedingungen insgesamt einer schwungvollen konjunkturellen Expansion nicht entgegen, da die Kapitalmarktzinsen weiterhin im langfristigen Vergleich niedrig sind. Der Aufschwung wird zudem gestützt durch eine weiterhin moderate Lohnpolitik; zwar werden sowohl die Tarif- als auch die Effektivlöhne um rund 2 % und damit stärker steigen als im Vorjahr, doch wird die Zunahme der Arbeitskosten durch die Senkung der Lohnnebenkosten gemindert.

Im Durchschnitt des Jahres 2007 wird das reale Bruttoinlandsprodukt um voraussichtlich 2,4 % wachsen. Der größere Wachstumsbeitrag kommt wie bereits im Vorjahr von der Inlandsnachfrage. Dabei wird sich der private Konsum zunehmend erholen, denn die real verfügbaren Einkommen nehmen deutlich zu, vor allem als Folge des hohen Beschäftigungszuwachses. Die Investitionstätigkeit bleibt rege; dabei werden die Unternehmen mehr und mehr bestrebt sein, ihre Produktionskapazitäten auszuweiten. Die Exporte werden die Konjunktur weiterhin stützen, und die deutsche Wirtschaft dürfte ihren Weltmarktanteil in etwa halten. Mit der Fortsetzung des Aufschwungs wird sich die Lage auf dem Arbeitsmarkt weiter bessern; allerdings wird die Beschäftigung im Jahresverlauf deutlich langsamer zunehmen als im Vorjahr. Die Zahl der Arbeitslosen wird im Jahresdurchschnitt erstmals seit 2001 unter der Marke von 4 Millionen liegen; sie dürfte gegenüber dem Jahr 2006 um etwa 700 000 auf rund 3,75 Mill. Personen abnehmen. Die Arbeitslosenquote wird um 1,6 Prozent-

punkte auf 8,7 % sinken. Getrieben durch die höhere Mehrwertsteuer werden die Verbraucherpreise in diesem Jahr um 1,8 % höher sein als im Vorjahr.

Im kommenden Jahr wird sich der Aufschwung fortsetzen. Dabei erwarten die Institute ein ähnlich hohes Expansionstempo wie im Verlauf des Jahres 2007. Die Finanzpolitik wird im Großen und Ganzen neutral ausgerichtet sein. Das Budgetdefizit des Staates wird konjunkturbedingt weiter zurückgehen; unter den hier getroffenen Annahmen ist sogar ein ausgeglichener Haushalt wahrscheinlich. Die Investitionstätigkeit der Unternehmen bleibt eine wichtige Stütze für die gesamtwirtschaftliche Expansion. Hinzu kommt, dass die Bauinvestitionen die langjährige Talfahrt beendet haben. Den größten Wachstumsbeitrag jedoch leisten die privaten Konsumausgaben, die durch den kräftigen Beschäftigungs- und Einkommensanstieg angeregt werden; sie dürften um rund 2 % steigen und damit den höchsten Zuwachs seit dem Jahr 2001 aufweisen. Die Impulse aus dem Ausland bleiben kräftig. Im Jahresdurchschnitt dürfte das reale Bruttoinlandsprodukt um 2,4 % zunehmen.

Die Zahl der Arbeitslosen wird langsamer als in diesem Jahr zurückgehen; im Jahresdurchschnitt dürfte sie knapp 3,5 Mill. betragen. Die Lebenshaltung dürfte sich um 1,8 % verteuern. Zwar werden die Preiseffekte der Mehrwertsteuererhöhung ausgelaufen sein, der Auftrieb bei den Arbeitskosten dürfte sich aber beschleunigen. Die Institute rechnen damit, dass die Tarifabschlüsse per saldo die Beschäftigung nicht mehr fördern. Der höhere Kostenauftrieb beeinträchtigt auch die Unternehmensgewinne, und die Rentabilität der Investitionen geht zurück. Die Inflationsrate ist nicht mehr nennenswert niedriger als im übrigen Euroraum. Anders als in den vergangenen Jahren gewinnt Deutschland kaum noch an preislicher Wettbewerbsfähigkeit.

Der konjunkturelle Aufschwung hat auch die ostdeutsche Wirtschaft erfasst. Ausschlaggebend für den kräftigen Anstieg der Produktion sind die hohen Zuwachsraten der industriellen Wertschöpfung und – nach langer Zeit wieder – auch die Expansion der Bautätigkeit. In beiden Fällen spielt der westdeutsche Markt eine wichtige Rolle. In diesem und dem kommenden Jahr wird das Bruttoinlandsprodukt mit gleichem Tempo wie in Westdeutschland um 2,4% zunehmen. Auch die Lage am Arbeitsmarkt wird sich etwas verbessern. Allerdings bleibt die Arbeitslosigkeit bei einer Quote mit reichlich 15 % doppelt so hoch wie im Westen.

Zu den Risiken für die Prognose aus dem internationalen Umfeld kommt hinzu, dass der Aufschwung binnenwirtschaftlich durch einen im Jahr 2008 deutlich höheren Lohnanstieg als hier unterstellt gefährdet werden kann. Die deutsche Wirtschaft würde an preislicher Wettbewerbsfähigkeit verlieren. Zudem würden sich höhere Inflationsrisiken ergeben; in der Folge würde die EZB die Zinsen stärker erhöhen. Alles in allem würden Konjunktur und Beschäftigung beeinträchtigt werden.

Eckdaten der Prognose für Deutschland

	2003	2004	2005	2006	2007	2008
Bruttoinlandsprodukt[1]	–0,2	1,2	0,9	2,7	2,4	2,4
(Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %)						
Westdeutschland[2, 3]	–0,3	1,2	1,0	2,6	2,4	2,4
Ostdeutschland[3]	0,9	1,7	–0,2	3,0	2,4	2,4
Erwerbstätige[4] (1 000 Personen)	38 724	38 875	38 823	39 106	39 559	39 831
Arbeitslose (1 000 Personen)	4 377	4 381	4 861	4 487	3 767	3 465
Arbeitslosenquote[5] (in %)	10,2	10,1	11,1	10,3	8,7	8,0
Verbraucherpreise[6]						
(Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %)	1,1	1,6	2,0	1,7	1,8	1,8
Lohnstückkosten[7]						
(Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %)	0,8	–0,4	–1,1	–1,3	–0,1	1,5
Finanzierungssaldo des Staates[8]						
in Mrd. Euro	–87,0	–82,5	–72,6	–39,5	–13,3	0,0
in % des nominalen Bruttoinlandsprodukts	–4,0	–3,7	–3,2	–1,7	–0,6	0,0
Leistungsbilanzsaldo (Mrd. Euro)	40,9	94,9	103,1	116,6	133,4	145,1

[1] In Preisen des Vorjahres. – [2] Einschließlich Berlin. – [3] Rechenstand: Februar 2007; in Preisen des Vorjahres. – [4] Im Inland. – [5] Arbeitslose in % der inländischen Erwerbspersonen (Wohnortkonzept). – [6] Verbraucherpreisindex (2000 = 100). – [7] Im Inland entstandene Arbeitnehmerentgelte je Arbeitnehmer bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt in Preisen des Vorjahres je Erwerbstätigen. – [8] In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (ESVG 95).

Quellen: Statistisches Bundesamt; Bundesagentur für Arbeit; Arbeitskreis VGR der Länder; Deutsche Bundesbank; 2007 und 2008: Prognose der Institute.

Die gute Konjunktur sollte die Wirtschaftspolitik nicht dazu verleiten, in den Reformanstrengungen nachzulassen. Die Arbeitslosigkeit ist strukturell nach wie vor sehr hoch, und die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte ist nicht abgeschlossen. Die Defizitquote Deutschlands dürfte zwar in diesem Jahr aufgrund konjunkturbedingter Mehreinnahmen und Minderausgaben, vor allem aber wegen der Erhöhung von Steuern und des Abbaus von Steuervergünstigungen, nochmals deutlich sinken. Im nächsten Jahr dürfte sogar ein ausgeglichener Haushalt erreicht werden. Strukturell ist der Haushalt indes noch nicht ausgeglichen. Um einen über den Konjunkturzyklus gesehen ausgeglichenen Haushalt zu erreichen, muss die Finanzpolitik nicht nur Begehrlichkeiten insbesondere bei konsumtiven Ausgaben abwehren, sie muss im Gegenteil weiter bei den konsumtiven Ausgaben sparen. Dies ist auch deshalb erforderlich, weil Spielräume entstehen müssen, um zum einen die Steuern und Abgaben erneut zu senken und zum anderen die qualitative Konsolidierung voranzubringen. Der Staat sollte seine investiven Ausgaben und deren effizienten Einsatz erhöhen, um die Wachstumschancen zu verbessern.

Die Steuerquote Deutschlands wird im Prognosezeitraum, ungeachtet der Senkung der Unternehmensteuern, wieder steigen. Das Ziel der Finanzpolitik sollte sein, mittelfristig die Lohn- und Einkommensteuer zu senken, um Wachstum und Beschäftigung zu fördern. Aber auch

bei den Unternehmensteuern besteht weiterhin Änderungsbedarf, da die Reform 2008 nicht sehr ehrgeizig ist. Auch verschlechtert die Abschaffung der degressiven Abschreibung für Ausrüstungsgüter für sich genommen die Investitionsbedingungen, da die Kapitalnutzungskosten steigen. Um die Sachkapitalbildung anzuregen, sollte die degressive Abschreibung nicht abgeschafft werden.

Die Geldpolitik sieht sich aufgrund der guten Konjunktur einem erhöhten Inflationsrisiko gegenüber. Während die Wirtschaft im übrigen Euroraum nur wenig rascher wächst als das Produktionspotential, wird in Deutschland die Outputlücke merklich positiv. Daher dürfte die EZB etwaigen inflationären Tendenzen in Deutschland besondere Beachtung schenken. Erhöht sich der Preisanstieg im Euroraum kräftiger als von den Instituten prognostiziert, müsste sie die geldpolitischen Zügel stärker straffen, um eine Verletzung ihres Stabilitätsziels zu verhindern, zumal die Liquiditätsausstattung im Euroraum nach wie vor reichlich ist.

Das Preisklima wird in Deutschland im Prognosezeitraum auch von der Tarifpolitik beeinflusst. Die Beschäftigung fördern Tarifsteigerungen allerdings nur, wenn sie den beschäftigungsneutralen Verteilungsspielraum – der derzeit zwischen 2,5 und 3 % liegen dürfte – nicht vollständig ausschöpfen. Angesichts der immer noch hohen Arbeitslosigkeit ist dies gesamtwirtschaftlich geboten. Der guten Konjunktur können die Tarifparteien in Form von Einmalzahlungen Rechnung tragen. Zur Verbesserung der Lage am Arbeitsmarkt haben auch einige der Reformen der vergangenen Jahre beigetragen, etwa die Deregulierung der Leiharbeit und die Kürzung von Lohnersatzleistungen. Um die Langzeitarbeitslosigkeit zu verringern, wären weitere Reformen des Arbeitsmarktes und der Arbeitsmarktpolitik erforderlich. Diskutiert, und zum Teil umgesetzt, werden allerdings kontraproduktive Vorschläge, wie ein gesetzlicher Mindestlohn. Mindestlöhne sind entweder wirkungslos oder vernichten Arbeitsplätze.